

Blick nach Europa

Der 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Bedeutung und Zukunft der Minderheitenpolitik

von *FREDERIC WANDERS*

Vor dem Hintergrund umstrittener politischer Entscheidungen stand auch in diesem Jahr die Minderheitenpolitik im Fokus der Dialog-Veranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes, wobei die europäische Dimension breiten Raum einnahm. Unter der Leitung von Vorstandsmitglied Renate Schnack diskutierten namhafte Experten mit einem sachkundigen Publikum, darunter Spitzenvertreter der Grenzverbände und der Minderheiten. Auch die Politik war vertreten, u. a. durch die Landtagsabgeordneten Birte Pauls (SPD) und Lars Harms (SSW) sowie den Flensburger Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger. Über die Veranstaltung, die am 27. Oktober 2011 im TSB-Sportheim „Junge Harmonie“ in Flensburg stattfand, berichtet Frederic Wanders von der Stadredaktion des Flensburger Tageblatts.

Die Redaktion

Die Referenten und ihre Beiträge

Der 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund behandelte das Thema: „Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland. Ihre Bedeutung – ihre Zukunft.“ Darunter wurden die historisch-politischen Ereignisse des deutsch-dänischen Grenzgebietes diskutiert und ein Ausblick auf die zukünftigen Bemühungen beider Seiten zum gemeinschaftlichen Leben präsentiert. Die Debatte bewegte sich aber nicht nur auf regionaler Ebene, sondern wurde vor allem durch die Gastredner auf die europäische Ebene gehoben und stellte die Bedeutung der deutsch-dänischen Beziehungen in einem internationalen Kontext dar, der auch die Zuhörer dazu veranlasste, Fragen zu stellen, die über das deutsch-dänische Grenzland hinausgingen. Die weiteren Minderheiten innerhalb Europas wurden folglich zu einem Diskussionspunkt, so dass der Fokus nicht nur auf die deutsch-dänischen Beziehungen und die jeweiligen Minderheiten innerhalb der beiden Länder gerichtet blieb.

Renate Schnack, Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes, begrüßte die anwesenden Gäste und stellte die Gastredner des Abends vor: Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen, dänischer Generalkonsul in Flensburg und der Prä-

sident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Hans Heinrich Hansen sollten in ihren Beiträgen den Grundstein für die Diskussion über die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland legen. Der jüngste Gast am Rednertisch, Sebastian Seehauser aus Südtirol, Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), führte die Diskussion anschließend in Richtung Europa, indem er die Arbeit und Ziele der JEV vorstellte und sich für eine vollständige Anerkennung der Minderheiten in der Europäischen Union (EU) aussprach.

Die Minderheitenpolitik auf deutscher und dänischer Seite

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen lieferte zum Einstieg eine ausführliche Historie der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland von der Nachkriegszeit bis zu den Entscheidungen und Beschlüssen der letzten Jahre. Vor allem die Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955 „nehmen eine Sonderposition ein“, sagte Becker-Christensen, da sie nicht nur auf außenpolitischer Ebene, sondern auch im Alltag des Grenzlandes „vertrauensbildende Maßnahmen“ anregten und „eine schrittweise Verbesserung der Beziehungen zwischen Minderheit und Mehrheit beiderseits der Grenze schufen“. Diese „Fortschritte in kleinen Schritten“ würdigte auch Hans Heinrich Hansen.

Die Bemühungen der dänischen Seite hob Becker-Christensen an bestimmten Stellen hervor. Die Einrichtung eines Kontaktausschusses für die deutsche Minderheit nach deren Ausscheiden aus dem Folketing im Jahr 1965 und die Einrichtung eines deutschen Sekretariats in Kopenhagen 1983, sah er als bedeutende Ereignisse für die Verständigung der beiden Seiten.

Bemühungen auf deutscher Seite beinhalteten für Becker-Christensen die Berufung eines Kontaktausschusses beim Bundesinnenministerium für die dänische Minderheit im Jahre 1975 sowie der Artikel 5 in der Landesverfassung Schleswig-Holstein von 1990 mit der Forderung, dass die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe zu fördern und zu schützen seien. Der Beschluss Mitte der achtziger Jahre, Schulen der dänischen Minderheit mit einer Schülerkostenbezugszuschussung auszustatten und sie somit den Schulen des deutschen Systems gleichzustellen, war ebenfalls ein zentraler Punkt seines Beitrages.

Hans Heinrich Hansen griff dieses Thema sogleich auf und verwies wie Becker-Christensen auf den Beschluss der schleswig-holsteinischen Landesregierung von 2010, diese Gleichstellung durch eine Verringerung der Zuschüsse aufzuheben. Der FUEV-Präsident nahm dies zum Anlass für die Frage: „Wann kehren wir wieder zu einer ausgeglichenen Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland zurück?“ Er untermauerte dies mit einem Zitat des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich, der die Ausgleichszahlungen der Bundesregierung für



Abb. 1 Moderatorin und Referenten beim 8. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: (v.l.) Sebastian Seehauser, Renate Schnack, Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen, Hans Heinrich Hansen

2011 in Höhe von 3,5 Millionen Euro an die dänischen Schulen in Deutschland als eine außenpolitische Notwendigkeit bezeichnete, „um die deutsch-dänischen Beziehungen nicht weiter zu belasten.“

Nicht nur die deutsche Politik habe aber die Fortschritte in der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland belastet, so Hansen. Auch die inzwischen wieder abgeschafften Grenzkontrollen auf dänischer Seite hätten zu einer Behinderung der deutsch-dänischen Minderheitenpolitik beigetragen. Dennoch ließ Hansen anklingen, dass sich vor allem die deutsche Regierung und die des Landes Schleswig-Holstein stärker für eine bessere Verbindung der beiden Staaten und ihrer Minderheiten einsetzen müssten. Das Prinzip Dänemarks, nach der Devise zu handeln, „zeig mir, wie du deine Minderheiten behandelst und ich sage dir, wie demokratisch du bist“, müsse auch auf deutscher Seite umgesetzt werden. Hansen wies in diesem Zusammenhang auch auf Dänemarks Verpflichtung aufgrund seines Minderheitengesetzes hin, sich für die Unterstützung der europäischen Minderheitenarbeit einzusetzen.

Die Arbeit von FUEV und JEV

FUEV-Präsident Hansen lobte diese Selbstverpflichtung Dänemarks ausdrücklich und verwies auf die Zielsetzung seiner Organisation, die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland und in Europa auszubauen. Die FUEV setzt sich für alle Minderheitengruppen innerhalb Europas ein und operiert auf regionaler und internationaler Ebene. Hansen nannte die Errichtung des Dialogforums Norden als wichtigen Schritt für die Umsetzung dieser Ziele. So half das Dialogforum Norden bei dem FUEV-Projekt, die Sinti und Roma als Minderheit innerhalb des deutsch-dänischen Grenzlandes anzuerkennen. Die Akzeptanz dieser Minderheit in der Region sei damit erheblich angestiegen, auch wenn diese Gruppe immer noch nicht denselben Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein genießt wie andere Minderheitengruppen. Auf europäischer Ebene war das Dialogforum Norden Vorbild für ein Dialogforum im Europaparlament.

Hansen betonte im Anschluss die hohe Bedeutung für alle Minderheiten innerhalb Europas miteinander zu kommunizieren und füreinander zu arbeiten, was auch im Publikum begrüßt wurde. Die Partnerschaft mit der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und die geplante Errichtung eines Kompetenzzentrums für Minderheiten, das bereits von der dänischen Regierung mit finanziellen Mitteln gefördert wird, sind Hansen zufolge ebenfalls wichtige Projekte für die FUEV.

Mit der Vorstellung der Arbeit der JEV durch deren Präsidenten Sebastian Seehauser legte die Diskussion ihren Fokus immer mehr auf Europa und dabei vor allem auf die EU. Seehauser bezeichnete die Mitglieder seiner Organisation als „Interessensvertreter für Minderheitenpolitik“ und stellte als Grundpfeiler der JEV das Netzwerk vor, mit dem die Jugendverbände und -vereine der verschiedenen Minderheiten kommunizieren und einen regen Austausch betreiben. Als Beispiel nannte er das erfolgreiche Osterseminar, das 2011 auf Einladung von Sydslesvigske danske Ungdomsforeninger (SdU) in Christianslyst stattgefunden hat (s. GFH 2/2011, S. 127 ff.).

Seehauser führte aus, dass sich die junge Generation, die „Post-Mauerfall-Generation“, wie er sie bezeichnete, mehr auf die Debatte auf EU-Ebene konzentriert, da sie seit ihrer Geburt mit einem Gefühl für die europäische Gemeinschaft aufgewachsen ist und sich daher nicht nur als Minderheit in einem Staat sieht, sondern als Minderheitengemeinschaft innerhalb Europas. Daher betreibe die JEV auch intensives Lobbying in den europäischen Gremien und neuerdings sogar in der UNO.

Minderheitenpolitik innerhalb Europas

Seehauser stellte fest, dass seine Organisation ihre „Hoffnung auf eine nachhaltige Minderheitenpolitik weniger bei den lokalen Entscheidungsträgern wie einer



Abb. 2 Blick ins Publikum (Ausschnitt)

Gemeinde, einem Landtag oder auch nationalen Parlamenten, sondern direkt bei der Europäischen Union“ sehe. Deswegen fordere die JEV auch schon seit Jahren ein klareres Bekenntnis seitens der EU zum Minderheitenschutz. Zwar gebe es bereits ein bestehendes Grundrecht innerhalb der Charta der Grundrechte der EU zur Nichtdiskriminierung gegenüber verschiedenen Gruppen, wobei nationale Minderheiten explizit genannt werden, aber seitdem, so Seehauser, „sei sehr wenig bzw. nichts in die Richtung Minderheitenpolitik“ auf europäischer Ebene geschehen. Kritisch sieht Seehauser in diesem Zusammenhang auch das nicht verlangte Bekenntnis „älterer EU-Staaten“ wie Frankreich oder auch Griechenland zum Schutz der Minderheiten in ihrem Staat, vor allem, da dies ein Kriterium für EU-Beitrittsanwärter sei.

Seehauser setzte sich vor allem für die Beachtung der Interessen der Minderheitengruppen ein, weil es gerade diese Personen sind, die nach den Vorgaben der EU als „Mustereuropäer“ gelten. Die Minderheiten seien „ein Paradebeispiel“ für das europäische Mehrsprachigkeitsziel, in dem jeder Mitbürger neben seiner Muttersprache zwei weitere Fremdsprachen beherrschen sollte. Da die EU laut Seehauser Vielfalt fördern möchte und damit bei ihren Bürgern wirbt, sollte das Engagement gerade was die Minderheiten betrifft, sei es im deutsch-dänischen Grenzland oder in anderen Minderheitenregionen, deutlich höher sein.

Im weiteren Verlauf seines Beitrags schlug Seehauser ebenfalls einen „Minderheitenkommissar“ der EU vor, der sich spezifisch mit den Interessen, Angelegenheiten und Bedürfnissen der verschiedenen europäischen Volksgruppen be-



Abb. 3
Hinrich Jürgensen,
Hauptvorsitzender des
Bundes Deutscher
Nordschleswiger (BDN) bei
einem Diskussionsbeitrag

schäftigen könnte. Das Aufgabenfeld dieses Kommissars sollte dabei nicht nur auf autochthone nationale Minderheiten beschränkt sein, sondern sich auch für die neuen, allochthonen Minderheiten einsetzen. Aber auch die Minderheiten selbst müssen dem JEV-Präsidenten zufolge mehr für ihre Interessen in der EU tun, denn die Möglichkeiten hierzu bestünden. Gemeinsame Aktionen der verschiedenen Verbände und Vereine zur Sammlung von Unterschriften im Rahmen eines europäischen Volksbegehrens könnten die EU dazu zwingen, sich mit Themen, die die Minderheiten betreffen, auseinanderzusetzen.

Seehauser sieht im Moment drei Zukunftsmodelle für die Minderheitenpolitik innerhalb Europas. Zum einen den Fortbestand der derzeitigen EU mit Euro-Regionen, zum anderen den auf wirtschaftlichen und teilweise auch politischen Problemen basierenden Zerfall der Europäischen Vereinigung in die einzelnen Nationalstaaten – oder aber die „Vereinigten Staaten von Europa“, in der ein europäischer Staat mit unterschiedlichen Regionen operiert und agiert. Dieses Modell sieht Seehauser als große Chance für die Minderheiten und mit Bezug auf die von ihm erklärte Gefühlslage der „Post-Mauerfall-Generation“ als realistische Alternative, was auch eine von seiner Organisation initiierte Online-Umfrage bisher bestätigt.



Abb. 4
Jens A. Christiansen,
Generalsekretär von
Sydslesvigsk Forening (SSF),
bei einem Diskussionsbeitrag

Publikumsdiskussion

Die Reaktionen des Publikums brachten unterschiedliche Aspekte und Gesprächsthemen in die Diskussionsrunde. Einzelne bezweifelten den Modellcharakter der deutsch-dänischen Grenzregion und regten den häufigeren Austausch mit anderen Grenzregionen an. Andere wollten wissen, ob sich die Minderheitenpolitik auch für andere Völkergruppen in der Region einsetze, was die Diskussionsleiterin Renate Schnack klar bejahte. Eine Stimme im Publikum forderte daher auch von den anerkannten Minderheiten wie der dänischen, die nicht anerkannten Minderheiten verstärkt „abzuholen“. Ein Diskussionsteilnehmer beschrieb in Bezug auf das von Seehauser verlangte stärkere Engagement der EU die Bedeutung aller politischen Ebenen für die Minderheitenpolitik so: „Jede einzelne Ebene hat ihre Verantwortlichkeit.“

Insgesamt überwogen die positiven Stimmen zu den bisherigen Bemühungen im deutsch-dänischen Grenzland. So wurde die politische Regelung gelobt, die 5-Prozent-Hürde für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) aufzuheben, was auch bei Generalkonsul Becker-Christensen und FUEV-Präsident Hansen für Zustimmung sorgte. Auch kurz vorgestellte Projekte wie die „Kul-

turbegegnungsbotschafter“ des dänischen Grenzvereins fanden Zustimmung bei den Anwesenden (siehe dazu den Beitrag von Erik Lindsø im vorliegenden GFH). Das Ziel im deutsch-dänischen Grenzland sei es weiterhin, so ein Gast, dass sich die beiden Minderheiten in ihrer jeweiligen Heimat nicht ihrer Kultur beraubt fühlen, sondern sich darauf einigen können unterschiedliche Kulturen in ihrer Region zu beherbergen.

Bilanz

Fazit ist, dass die Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion weiterhin Fortschritte in ihrem Zusammenleben machen und das auch in Zukunft tun werden. Daher, so Hans Heinrich Hansen, dürfe das Positive des gemeinsamen Arbeitens von Mehrheiten und Minderheiten, „nicht von temporären Rückschlägen kaputt gemacht werden.“ Seine Feststellung lautet, dass die deutsch-dänische Grenzregion weiterhin ein Vorbild für andere Minderheiten sein kann und dass sie wichtig für alle Minderheiten innerhalb Europas ist. Einen Hinweis aus dem Publikum auf die Bedeutung außenpolitischer Interessen für die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland konnte er nur bestätigen.

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen hoffte, dass auch in Zukunft die Bestrebungen der Mehr- und Minderheiten den positiven Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen forttragen werden. Dennoch bezeichnete er die Interessen der Minderheiten als „Stein im Schuh“ mancher Politiker, vor allem auf deutscher Seite. Die bisher nicht zugesagte finanzielle Unterstützung von deutscher Seite für ein internationales Kompetenzzentrum für Minderheiten gilt in Hansens Augen als Bestätigung dafür.

Dennoch bleibt zu sagen, dass die Diskussion um die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzgebiet auch auf europäischer Ebene geführt werden muss. Der Blick geht in Zukunft, laut Seehausers Aussagen, nach Europa. Die Diskussionsleiterin Renate Schnack regte zum Schluss die Fortführung dieser Debatte an, indem sie den Abend mit den Worten, „vielleicht brauchen wir ein bisschen mehr Europa“ beendete und ankündigte, dass im Mittelpunkt der nächsten Dialog-Veranstaltung Ende Oktober 2012 eine Diskussion mit Europaabgeordneten stehen werde.